[Schirp mahnt schnellere Verfahren für ausländische Fachkräfte an]

22.06.23 | Berlin

Schirp mahnt schnellere Verfahren für ausländische Fachkräfte an

"Sonst bleibt das neue Fachkräfte-Einwanderungsgesetz ein Papiertiger“

Die Wirtschaft in Berlin und Brandenburg hat die Verabschiedung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes durch den Deutschen Bundestag zurückhaltend aufgenommen. „Niedrigere Hürden für den Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland sind dringend nötig. Nur mit genügend gutem Personal werden die Unternehmen der Hauptstadtregion die großen, anstehenden Transformationsaufgaben schaffen", sagte der stellvertretende UVB-Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp.

Er schränkte aber ein: "Das heute verabschiedete Fachkräfteeinwanderungsgesetz des Bundes läuft aber Gefahr, ein Papiertiger zu bleiben. Ohne schnellere Verfahren und Reformen bei den Ausländerbehörden sowie bei den deutschen Botschaften und Konsulaten ist die Novelle des Gesetzes nicht viel wert."

Fluchtmigration belastet zuständige Behörde extrem

Gerade in Berlin sei das Landesamt für Einwanderung extrem belastet mit der Fluchtmigration. "Die Fachkräfte aus dem Ausland und die Unternehmen, die diese gerne einstellen würden, haben das Nachsehen und müssen bei ihren Verfahren lange Wartezeiten in Kauf nehmen. Um attraktiver zu werden, brauchen wir in den zuständigen Stellen mehr Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter und moderne digitale Abläufe."

In den Kernbranchen der Industrie in Berlin und Brandenburg wie Metall und Elektro oder IT und Digitales fehlten Zehntausende Fachkräfte, erinnerte der UVB-Vize. "Auch in der Dienstleistungsbranche und im Handwerk ist der Bedarf riesig. Die Politik muss mehr tun, damit die neuen Regelungen auch wirksam werden können und unseren Firmen helfen."

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF